

Schulstreik am 5. März: Kolleg*innen an Schulen
solidarisch mit dem Schulstreik gegen die Wehrpflicht

Bildung und Soziales statt Wehrpflicht und Aufrüstung!

Am 5. Dezember 2025 haben 55.000 Schüler*innen gegen das neue Wehrdienstgesetz gestreikt. Für den 5. März ist der nächste Streik geplant. Wir als Kolleg*innen in den Schulen, GEW- und ver.di Mitglieder, unterstützen diesen Schulstreik und setzen uns in Schulen und gewerkschaftlichen Gliederungen für aktive Solidarität ein.

Aufrüstung und Kriegspropaganda sichern keinen Frieden, sondern erhöhen das Risiko von bewaffneten Zusammenstößen - ob von Seiten des russischen, des US-amerikanischen, oder des Imperialismus der EU-Staaten. Die Milliarden für die Aufrüstung werden bei den staatlichen Ausgaben für Bildung, Sozialsysteme und Umweltschutz gestrichen oder sowieso fehlen.

Die Jugend leidet unter einem maroden Bildungssystem: Bundesweit fehlen etwa 15.000(*) Stellen für Lehrende, Unterricht fällt immer wieder aus, Schulgebäude verfallen. Wohnraum ist sowieso knapp und für junge Menschen kaum bezahlbar. Der Kapitalismus treibt die Klimakatastrophe voran, hinterlässt unseren Schüler*innen einen kaputten Planeten. Und nun sollen jährlich zehntausende junge Menschen für den Kriegseinsatz vorbereitet werden.

Wenn am 5. März hunderttausende Schüler*innen wieder gegen Wehrpflicht und Aufrüstung auf die Straße gehen wollen, unterstützen wir sie mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, wie z.B. durch Unterrichtsgänge, während der Pausen oder in Freistunden. Wir sprechen uns gegen jede Repression gegen unsere Schüler*innen aus!

Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich die GEW auf Bundes-, Landes- und Kreisverbandsebene als Teil der Bewegung gegen Krieg und Wehrpflicht sieht und diese mit Material, Finanzen und Ideen unterstützt. Wir rufen alle Gliederungen der DGB-Gewerkschaften dazu auf, diese Beschlüsse zu unterstützen und vor Ort tatkräftig umzusetzen.

Nationalismus und Militarismus verschärfen bestehende Probleme. Sie sind Folgen des verschärften Konkurrenzkampfes um Märkte, Ressourcen und Handelsrouten, den die großen Mächte führen.

Unsere Schüler*innen sollen nicht als Kanonenfutter für den Imperialismus enden. Wir kämpfen für gute Bildung und die Verbesserung der Lebensverhältnisse aller - gegen die Kriege der Herrschenden und die Herrschaft der Milliardär*innen.

Wir sagen NEIN, wenn die Bundeswehr-Offiziere an die Schulen kommen, wenn die Zivilklausel an den Hochschulen angegriffen wird, wenn der Wehrdienst-Fragebogen in den Briefkasten flattert, wenn davon geredet wird, dass ein Krieg unausweichlich sei.

Wir fordern:

- Militarismus raus aus Schulen & Unis – gegen Wehrpflicht und Bundeswehr-Werbung
- Keine Repression gegen Schüler*innen, die am Schulstreik teilnehmen
- Milliarden für Gesundheit, Bildung, Soziales und Klimaschutz statt für Waffen
- Wohnungen statt Kasernen
- Erhalt und Ausdehnung der Zivilklauseln an den Hochschulen – keine Forschung für den Krieg
- Bereitstellung von genügend Ausbildungsplätzen in gesellschaftlich sinnvollen Berufen und für eine Ausbildungsvergütung, von der man leben kann



(*) laut GEW fehlen bis zum Jahr 2035 sogar bis zu 74.000 Stellen!

KONTAKTMÖGLICHKEIT: schule@gegenwehrpflicht.info